

Darmstadt, den 15.09.2018

An den
Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen
in Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65189 Wiesbaden

An die
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Landtagswahl: aktiver Klimaschutz und handelspolitische Kehrtwende

Sehr geehrte Damen und Herrn,
liebe Mitglieder und Abgeordnete der Hessischen Grünen,

Sie fordern gemeinsam mit der GRÜNEN-Fraktion im Bundestag die Aufnahme der Pariser Klimaschutzziele in das Grundgesetz. Auf Landesebene wollen Sie nach der Landtagswahl im Oktober 2018 die Aufnahme einer CO2-Bremse zum Gegenstand möglicher Koalitionsgespräche machen.

Wir begrüßen diesen Vorstoß, meinen jedoch, dass konsequenter Klimaschutz auch eine Kehrtwende der internationalen Handelspolitik erfordert. Denn durch völkerrechtlich bindende Verträge wie das zur Ratifizierung anstehende CETA-Abkommen mit Kanada werden kommunale, landes- und bundespolitische Regulierungen erschwert bzw. werden zum Gegenstand zeit- und kostenaufwändiger Investitionsschutzverfahren.

CETA gefährdet den aktiven Klimaschutz, der im Vertragstext allenfalls als Handelshemmnis eine Rolle spielt. Hingegen sind Investoren für fossile Energieträger und Energieerzeugungsanlagen im Investitionsschutzkapitel explizit geschützt. Schon jetzt machen Investor-Staats-Gerichtsverfahren in den Bereichen Rohölförderung und Energiewirtschaft einen hohen Anteil der Verfahren gegen Staaten aus. Dies wird sich mit CETA steigern, da ein Großteil dieser Unternehmen in Kanada und Europa tätig ist. Weitere Einschränkungen einer aktiven Umwelt- und Klimapolitik der Länder und Kommunen ergeben sich aus weitreichenden Liberalisierungen öffentlicher Dienste und Eingriffen in die öffentliche Beschaffung. Zu erwarten ist auch eine Steigerung des Handels mit Fleisch und fossiler Energie aus kanadischen Teersanden, deren Gewinnung extrem klimaschädliches Methan gas freisetzt.

CETA steht für Beschneiden von staatlicher und kommunaler Handlungsfähigkeit durch eine Paralleljustiz für Konzerne sowie durch Regulatorische Kooperation an den Parlamenten vorbei, für Aushebeln des europäischen Vorsorgeprinzips bei der Zulassung gefährlicher Produkte und für Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge. Daran hat sich auch durch diverse Protokollnotizen bzw. Einrichten eines Investitionsgerichtssystems nichts geändert (vgl. aktuelle Stellungnahme des deutschen Richterbundes vom November 2017). Wir müssen Ihnen das nicht erklären. Denn Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben die Gefahren durch Freihandelsabkommen neuen Typs in vielen Veröffentlichungen dargelegt und sich gemeinsam mit Umweltverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen CETA positioniert. Im Bundestag und im EU-Parlament haben die Fraktionen der Grünen geschlossen gegen die Ratifizierung von CETA gestimmt.

Bislang ist CETA nur vorläufig in Kraft. Noch kann die endgültige Ratifizierung in Bundestag und Bundesrat gestoppt werden, da das Abkommen von *allen* EU Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundesrates kann CETA schon verhindert werden, wenn sich die Landesregierungen mit grüner und linker Beteiligung der Stimme enthalten.

Vor diesem Hintergrund stellen wir Ihnen zur Landtagswahl zwei Fragen, die für viele umweltbewusste und Freihandelskritische Menschen auch wahlentscheidend sind:

- 1.) **Macht Ihre Partei CETA zum Thema bei der Hessischen Landtagswahl?**
- 2.) **Wird Ihre Partei als möglicher Koalitionspartner der neuen Hessischen Landesregierung auf einem NEIN oder einer Enthaltung bei der CETA-Abstimmung im Bundesrat bestehen?**

Der bayrische Landesverband der Grünen hat für den Fall seiner Regierungsbeteiligung schon ein konsequentes NEIN zu CETA zugesichert und damit das Vertrauen gerade auch der kritischen Wählerinnen und Wähler gestärkt. Im Koalitionsvertrag der schwarz-grün-gelben Landesregierung Schleswig Holsteins wurde bereits eine Enthaltung zu CETA vereinbart.

Wir haben die gleichen Fragen an alle im Hessischen Landtag vertretenen Parteien gestellt. Da wir die Antworten (ebenso wie die Anschreiben) veröffentlichen wollen, erbitten wir sie bis zum 30.09.2018.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag der Hessischen Bündnisse gegen CETA & Co

Isolde Albrecht

Namen oder Logos der beteiligten Bündnisse